

XXIII. GP.-NR

1195 /J

05. Juli 2007

**Anfrage**

der Abg. Dr. Johann Georg Schelling  
Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Schließungen von Bahnhöfen und Haltestellen

In der letzten Zeit gab es Meldungen, dass mehrere Haltestellen und Bahnhöfe von der Schließung betroffen sind.

Damit würden nicht nur zahlreiche Pendler Nachteile erlangen, sondern auch das im Regierungsprogramm festgeschriebene Ziel der Förderung und des Ausbaues des Nahverkehrs nicht erreicht werden.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

**Anfrage**

1. Ist es richtig, dass die ÖBB Haltestelle Schildberg bei Böheimkirchen geschlossen werden soll?
2. Sollte dies der Fall sein, welches sind die Gründe?
3. Zu welchem Zeitpunkt ist die Schließung geplant?
4. Welche konkreten Ersatzmaßnahmen für Schüler und Pendler sind angedacht?
5. Gibt es weitere Bahnhöfe oder Haltestellen in Niederösterreich, die geschlossen werden sollen?
6. Gibt es konkret in den Politischen Bezirken Sankt Pölten, Tulln und Lilienfeld, Bahnhöfe oder Haltestellen, die geschlossen werden sollen?
7. Wie viele Haltestellen und Bahnhöfe sollen in ganz Österreich geschlossen werden?
8. Wie viele Bahnkunden sind von diesen Schließungen betroffen:
  - a. In Schildberg?
  - b. In den Politischen Bezirken Sankt Pölten, Tulln und Lilienfeld?
  - c. In Niederösterreich?
  - d. In Österreich?
9. Welche konkreten Parameter werden für die Beurteilung solcher Schließungen herangezogen?
10. Welche Markt- und Potentialstudien liegen diesen Schließungen zu Grunde?
11. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um sicherzustellen, dass die bei ihrem Amtsantritt in einem Interview getätigte Aussage, dass es zu keinen Verschlechterungen für die Bahnkunden kommen wird, tatsächlich eingehalten wird?
12. Wie weit sind Ihre Gespräche mit den ÖBB fortgeschritten, um die Schließungen zu verhindern oder durch ausreichende Ersatzmaßnahmen abzufedern?

Handwritten signatures of the members of parliament who submitted the inquiry.